

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

9. Mai 1947.

92/J

Anfrage

der Abgeordneten Herrn, Fröhlich, Appel und Genossen
an den Bundeskanzler,
Betreffend die Randgemeinden.

Die Lage der Verwaltung und der Bevölkerung in den Randgemeinden hat durch die Ungeklärtheit der Zugehörigkeit dieser Gebiete Formen angenommen, die nicht mehr erträglich sind. Falls in dieser Frage nicht bald eine Lösung eintritt, besteht die Gefahr, dass es in diesen Bezirken zu einem Zustand kommt, der eine ordnungsmässige Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung unmöglich macht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit mitzuteilen, welche Hindernisse bestehen, dass das vom Parlament beschlossene Bundesverfassungsgesetz vom 26. Juli 1946, Regierungsvorlage 207, betreffend Gebietsänderung zwischen dem Lande Wien und Niederösterreich, noch nicht in Kraft gesetzt wurde?